

Kluth, Ricarda; Lehmann, Robert; Thum, Marcel

Article

Inflationsdifferenzen zwischen den Bundesländern

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kluth, Ricarda; Lehmann, Robert; Thum, Marcel (2026) : Inflationsdifferenzen zwischen den Bundesländern, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 33, Iss. 1, pp. 9-13

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/338049>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Forschungsergebnisse

Inflationsdifferenzen zwischen den Bundesländern

Ricarda Kluth, Robert Lehmann und Marcel Thum*

Die Inflation entwickelt sich innerhalb Deutschlands seit 2020 recht unterschiedlich. Während die Preise in den ostdeutschen Flächenländern und Bremen stärker gestiegen sind als in Deutschland insgesamt, gilt genau das Gegenteil für Schleswig-Holstein und Hamburg. Stellt man der Preis- die nominale Stundenlohnentwicklung gegenüber, zeigen sich vor allem reale Gewinne in Ostdeutschland und reale Verluste für die westdeutschen Bundesländer. Falls diese Unterschiede persistent sind, könnte dies auf Dauer die relativen Lebensstandards zwischen den Bundesländern beeinflussen.

Wirtschaftliche Themen prägen oft den Wahlkampf und können zumindest teilweise Wahlausgänge erklären. Bill Clintons Wahlkampfslogan von 1992 „It's the economy, stupid!“ bringt das auf den Punkt. Neben der gesamtwirtschaftlichen Situation beschäftigen Wähler*innen Themen wie die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes und allen voran die Entwicklung der Preise bzw. der Lebenshaltungskosten. Letzteres wird aktuell in den USA besonders deutlich. Gemäß einem Post des US-amerikanischen Ökonomen Paul Krugman missbilligte die Mehrheit der befragten Amerikaner*innen die Art und Weise, wie die Biden-Administration das Thema Inflation und Lebenshaltungskosten handhabte, und traute ihr nicht zu, dieses Problem nachhaltig zu lösen.¹ Viele Wähler*innen setzten ihre Hoffnung auf Donald Trump, der versprochen hatte,

nicht nur die Preisanstiege zu bremsen, sondern sogar die Preise selbst zu senken. Da die jährliche Inflation in den USA inzwischen auf knapp 3 % geklettert ist, attestieren die befragten amerikanischen Wähler*innen der aktuellen US-Administration mehrheitlich, keinen guten Job zu leisten.² Die „Affordability Crisis“ ist zum großen politischen Thema geworden und hat unter anderem zum Wahlsieg von Zohran Mamdani, der sich das Thema groß auf die Fahnen geschrieben hatte, für das Bürgermeisteramt von New York City beigetragen.³

Auch in Deutschland spielt das Thema Lebenshaltungskosten (bspw. bei Lebensmittelpreisen und bezahlbarem Wohnraum) zunehmend eine wichtige Rolle. Gemäß einer aktuellen Forsa-Umfrage im Auftrag des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen macht sich mehr als die Hälfte der befragten Haushalte Sorgen um die steigenden

¹ Der komplette Post findet sich unter folgenden Link: [War Is Peace. Freedom Is Slavery. Grocery Prices Are Way Down.](#)

* Ricarda Kluth war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrages Praktikantin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts. Dr. Robert Lehmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen des ifo Instituts. Prof. Dr. Marcel Thum ist Leiter der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

² Aktuelle Umfragewerte zu diversen Themen finden sich unter: [Trump Job Approval Rating, Generic Ballot Average.](#)

³ Eine Einschätzung des European Policy Centre findet sich hier: [It's the affordability, stupid: What Mamdani's victory means for Europe.](#)

Lebenshaltungskosten.⁴ Seit dem Energiepreisschock im Jahr 2022 sind die Reallöhne in Deutschland zwar deutlich gestiegen, konnten den Rückgang im Jahr 2022 jedoch bislang nicht kompensieren (vgl. Statistisches Bundesamt 2026). Der gesamtdeutsche Reallohnindex lag zuletzt mit 103,2 Indexpunkten weiterhin unter dem Wert des Jahres 2021 (104,2 Indexpunkte). Das Thema Lebenshaltungskosten könnte in Zukunft in Deutschland einen noch größeren Raum in der öffentlichen Debatte einnehmen.

Allerdings weist Deutschland regional recht unterschiedliche Preisentwicklungen auf, wie wir bereits im letzten Jahr für Sachsen gezeigt haben (Büttner et al. 2025). Im vorliegenden Aufsatz diskutieren wir die Preisentwicklung in den einzelnen Bundesländern im Vergleich zu Deutschland seit 2020 und dokumentieren dabei markante Unterschiede bei wichtigen Posten des Warenkorb. Um eine Aussage über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten treffen zu können, schließen wir den Artikel mit einer Diskussion zur Reallohnentwicklung.

Inflationsunterschiede innerhalb Deutschlands

Die Grundlage für die vorliegende Analyse bilden die Verbraucherpreisindizes (VPI) der einzelnen Bundesländer, insgesamt und getrennt nach Verwendungszwecken.⁵ Für die Mehrheit der Bundesländer ist ausschließlich die größte Gliederung nach 12 Verwendungszwecken verfügbar, auf die wir uns im Folgenden konzentrieren.

⁴ Die zentralen Ergebnisse der Umfrage finden sich auf der Seite des Bundesverbands der Verbraucherzentralen: [Mehrheit sorgt sich wegen steigender Lebenshaltungskosten](#) | Verbraucherzentrale Bundesverband.

⁵ Die Trennung erfolgt nach Verwendungszwecken des Individualkonsums im Systematischen Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA).

Wir betrachten den kumulierten Inflationsanstieg eines Bundeslandes zwischen 2020 und 2025 und vergleichen diesen Anstieg mit der Entwicklung im gleichen Zeitraum für Deutschland insgesamt, wo sich der Warenkorb um 21,8 % verteuert hat.⁶ Das entspricht einer durchschnittlichen Inflationsrate von 4 % pro Jahr. Eine positive (negative) Differenz steht für einen insgesamt kräftigeren (geringeren) Inflationsanstieg eines Bundeslandes relativ zu Deutschland. Anschließend wird diese Differenz in die Beiträge der 12 Verwendungszwecke zerlegt, um etwaige Auffälligkeiten oder Erklärungsmuster aufzuzeigen (vgl. Kasten „Zur Berechnung und Zerlegung der Inflationsdifferenzen“).

Besondere Auffälligkeiten in den Differenzen zeigen drei spezifische Verwendungszwecke. Daher zerlegen wir die bundeslandspezifischen Differenzen nachfolgend in die drei Verwendungszwecke „Wohnung, Wasser, Energie“ (SEA-VPI-04), „Verkehr“ (SEA-VPI-07), „Andere Waren und Dienstleistungen“ (SEA-VPI-12) und eine Restkomponente. Die drei genannten Verwendungszwecke repräsentieren rund 50 % des betrachteten Warenkorbes; die andere Hälfte des Wägungsanteils fällt auf die Restkomponente, die aus den neun verbleibenden Verwendungszwecken besteht.

Insgesamt zeigt sich eine ausgeprägte Heterogenität in der gesamten Inflationsdifferenz zwischen den Bundesländern. Die grauen Punkte in Abbildung 1 („VPI“) repräsentieren

⁶ Da bei der Erstellung des Beitrages noch nicht alle monatlichen Angaben für das Jahr 2025 vorlagen, verwenden wir in diesen Fällen den Jahresdurchschnitt der Monate Januar bis Oktober. Zudem sind alle Verbraucherpreisindizes im Jahr 2020 auf den Wert 100 normiert, so dass die Inflationsdifferenz zu Deutschland der Differenz in den durchschnittlichen Verbraucherpreisen des Jahres 2025 entspricht.

Zur Berechnung und Zerlegung der Inflationsdifferenzen

Die Inflationsdifferenz eines Bundeslandes i zu Deutschland (D), ID_i , definieren wir als:

$$ID_i = (VPI_{2025}^i - VPI_{2020}^i) - (VPI_{2025}^D - VPI_{2020}^D).$$

Damit zeigt diese Differenz, ob der repräsentative Warenkorb in einem Bundesland im genannten Zeitraum stärker oder schwächer inflationiert hat als in Deutschland insgesamt. Nun kann jeder jahresdurchschnittliche VPI in die Beiträge der einzelnen 12 Verwendungszwecke zerlegt werden. Anhand des Jahres 2025 sieht dies für Deutschland folgendermaßen aus:

$$VPI_{2025}^D = w_{1,2025}^D \times VPI_{1,2025}^D + w_{2,2025}^D \times VPI_{2,2025}^D + \dots + w_{12,2025}^D \times VPI_{12,2025}^D.$$

Die Wägungsanteile der einzelnen Verwendungszwecke, $w_{k,t}^D$, sind sowohl für alle Jahre als auch alle Bundesländer identisch. Daher gilt: $w_{k,t}^D = w_k$. Aufgrund konstanter und identischer Wägungsanteile kann die Inflationsdifferenz eines Bundeslandes zu Deutschland recht einfach in die Beiträge der einzelnen Verwendungszwecke zerlegt werden:

$$ID_i = w_1 \times ID_1^i + w_2 \times ID_2^i + \dots + w_{12} \times ID_{12}^i.$$

die bundeslandspezifischen, kumulierten Inflationsdifferenzen zu Deutschland. Liegt der individuelle graue Punkt oberhalb (unterhalb) der Nulllinie, hat der gesamte Warenkorb in dem jeweiligen Bundesland stärker (schwächer) inflationiert als in Deutschland insgesamt. Die farbigen Balken zeigen, wie die einzelnen Bestandteile des Warenkorbes zur jeweiligen Inflationsdifferenz beigetragen haben. Balkenelemente oberhalb der Nulllinie besagen, dass der jeweilige Bestandteil des Warenkorbes die Inflation im jeweiligen Bundesland stärker als im Bundesdurchschnitt angehoben hat. Bestandteile unterhalb der Nulllinie haben die Inflation im Bundesland tendenziell weniger stark ansteigen lassen oder gar gesenkt.

Die mittlere Abweichung von der durchschnittlichen Inflationsdifferenz, also die Schwankungsbreite, beträgt 1,1 Prozentpunkte. Damit liegen vier Bundesländer oberhalb dieses durchschnittlichen Schwankungsbereichs der Inflationsdifferenzen: Brandenburg, Bremen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Daneben zeigen auch die beiden verbleibenden ostdeutschen Flächenländer, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, ausgeprägte positive Inflationsdifferenzen. Zwei Bundesländer, Schleswig-Holstein und Hamburg, liegen knapp auf oder unterhalb des durchschnittlichen Schwankungsbereichs und offenbaren deutlich geringere kumulierte Preissteigerungen als Deutschland insgesamt.

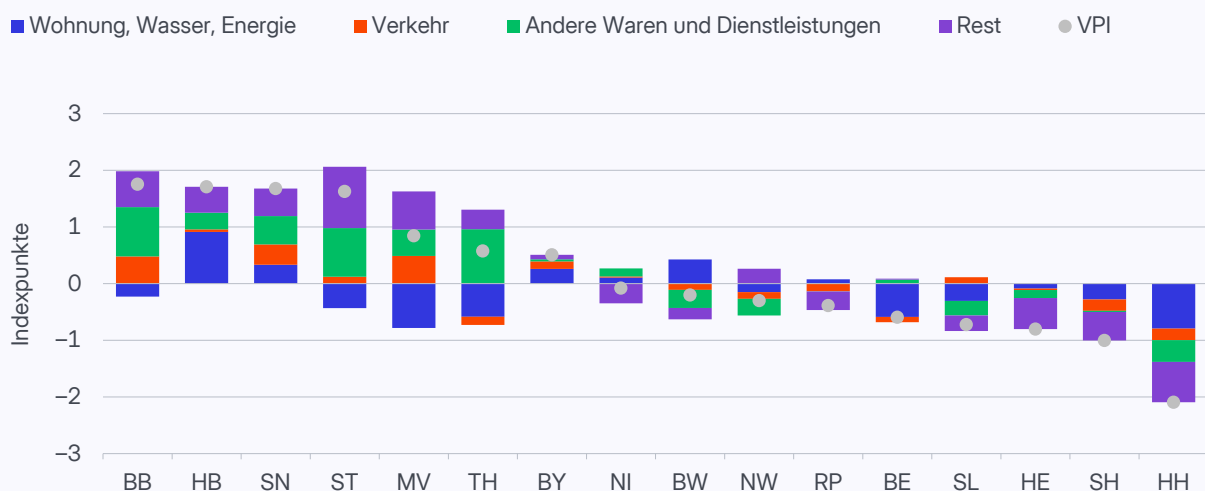
Für die ostdeutschen Flächenländer sticht vor allem die Kategorie „Andere Waren und Dienstleistungen“ hervor, welche im Durchschnitt der fünf Ostländer mit 0,7 Prozentpunkten sehr kräftig zur positiven Inflationsdifferenz beiträgt. Zu dieser Kategorie zählen bspw. Dienstleistungen im Bereich der Körperpflege (z. B. Friseurleistungen), der sozialen Einrichtungen (z. B. Pflege) oder Versicherungen (z. B. Kfz-Kaskoversicherungen). Denkbar wäre, dass die Anhebung des Mindestlohns in Ostdeutschland stärker auf die Preise durchschlägt als in den westdeutschen Bundesländern. Für eine stärkere Verteuerung von Pflegedienstleistungen spricht auch die stärker gestiegene Nachfrage nach diesen in den ostdeutschen Flächenländern aufgrund der älteren Bevölkerungsstruktur. Der Grund für einen möglicherweise kräftigeren Anstieg der Versicherungsdienstleistungen bleibt hingegen offen und kann auf Basis der hier vorliegenden Datengrundlage nicht tiefergehend analysiert werden.

Auffällig sind zudem die Unterschiede in der Entwicklung der Kategorie „Wohnung, Wasser, Energie“. Beim Blick auf die Bundesländer mit der stärksten positiven Inflationsdifferenz zu Deutschland fällt auf, dass die Kategorie „Wohnung, Wasser und Energie“ in den ostdeutschen Flächenländern weniger stark inflationiert hat als in Deutschland insgesamt und damit einen negativen Beitrag zur Differenz leistet. Eine mögliche Erklärung könnte in einer geringeren

Abb. 1

Inflationsdifferenz der einzelnen Bundesländer im Jahr 2025 zu Deutschland insgesamt

Kumulierte Veränderung seit 2020, Indexpunkte



Anmerkung: Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird auf die Nennung der einzelnen Statistischen Landesämter mit vollen Namen in den Quellen verzichtet. Die Länder sind absteigend ihres Unterschieds beim gesamten Verbraucherpreisindex (VPI) geordnet.

Quelle: Statistische Landesämter; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Nachfrage nach Wohnraum im Zuge des demografischen Wandels liegen. Die Ausnahme hiervon ist Sachsen, ein Umstand, auf den bereits in Büttner et al. (2025) hingewiesen wurde. Darüber hinaus ist für Bremen eine stärkere Inflationierung zu beobachten. Überraschend ist, dass trotz der gestiegenen Attraktivität der beiden anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg hier eine geringere kumulierte Teuerung im Bereich „Wohnung, Wasser und Energie“ zu beobachten ist. Für Berlin lässt sich ein Teil der negativen Inflationsdifferenz wohl durch den Mietendeckel erklären, der laut Arlia et al. (2022) zu einem Rückgang der Mieten im regulierten Segment geführt hat.

Was man sich regional (noch) leisten kann

Auch wenn sich die aktuelle Affordability-Debatte in den USA, die auch auf Europa überschwappen könnte, stark auf die Preisentwicklung konzentriert, stellt man für eine informierte Bewertung der Bezahlbarkeit der Lebenshaltung besser auf reale Größen ab. Denn selbst wenn die Inflation 3 % beträgt, kann man sich immer noch denselben Warenkorb leisten, wenn auch der eigene Lohn um 3 % gestiegen ist. Um die Frage zu beantworten, ob die oben dargestellten Inflationsunterschiede sich auch auf die unterschiedlichen Entwicklungen in der Bezahlbarkeit durchschlagen, haben wir auf Ebene der einzelnen Bundesländer von der nominalen Stundenlohnentwicklung

noch die jeweilige Inflationsrate abgezogen. Abbildung 2 zeigt, in welchem Umfang, die Inflationsentwicklung die Lohnentwicklung überholt hat. Bundesländer mit einem Balken im negativen Bereich erleiden reale Einbußen bei den Stundenlöhnen, d. h. die regionale Inflationsrate war höher als die Lohnsteigerung. Bundesländer mit einem Balken im positiven Bereich verzeichnen reale Anstiege.

Neben Schleswig-Holstein und den Stadtstaaten Berlin und Hamburg verzeichnen alle ostdeutschen Flächenländer reale Zugewinne bei den Stundenlöhnen im Zeitraum von 2020 bis 2024. Das waren auch genau jene Länder, die bei unserer Betrachtung besonders hohe Inflationsraten aufwiesen. Aber die Löhne sind kumuliert noch stärker gestiegen. Von einer Krise der Lebenshaltungskosten kann man hier nicht sprechen. Das könnte allenfalls in Ländern mit realen Verlusten angebracht sein. Hierzu gehören ausnahmslos alle großen westdeutschen Flächenländer. Auffällig ist hier die Entwicklung in Bremen, was vor allem durch stärkere Preisanstiege im Vergleich zu Deutschland hervorsteht. Hier reichten die kumulierten Lohnanstiege nicht aus, um den Preisauftrieb zu kompensieren.

Schlussfolgerungen

Die Verbraucherpreise haben sich seit 2020 höchst unterschiedlich zwischen den Bundesländern entwickelt. Die

Abb. 2

Reale Stundenlohnentwicklung der einzelnen Bundesländer und Deutschland insgesamt
Veränderung zwischen 2020 und 2024



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder; Statistische Landesämter; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Preise sind in einigen Bundesländern deutlich stärker gestiegen als im bundesdeutschen Durchschnitt, so dass sich die Haushalte dort – bei gleicher Arbeitszeit und gleichem Verdienst – relativ gesehen einen kleineren Warenkorb leisten können. In anderen Bundesländern hingegen hat sich die Erschwinglichkeit des Warenkorbes deutlich positiver entwickelt. Für die Debatte um die „Affordability Crisis“ muss man allerdings auf die reale Entwicklung abstellen. Unsere Gegenüberstellung von Lohn- und Preisentwicklung zeigt, dass erstens vor allem die westdeutschen Bundesländer reale Einbußen erlitten haben und zweitens dies nicht unbedingt die Länder mit besonders hohen Inflationsraten waren, was ausnahmslos auf Ostdeutschland zutrifft. •

Referenzen

Arlia, D., M. Dolls, C. Fuest, D. Gstrein, C. Krolage und F. Neumeier (2022), „Entwicklungen am Berliner Immobilienmarkt ein Jahr nach dem Mietendeckel“, ifo Schnelldienst, 75 (04), 50–55.

Büttner, A., R. Lehmann, D. Möst und M. Thum (2025), „Verbraucherpreis-inflation in Sachsen höher als in Deutschland: Dekomposition und Erklärungsansätze“, ifo Dresden berichtet, 32 (02), 13–18.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2026), [Reallohnindex](#), [Nominallohnindex: Deutschland, Jahre](#), abrufbar unter GENESIS-Online, Code: 62361-0020.